UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 1936
LIBRARY

Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 28. April	Nr. 538

Aus der Diplomatie.

Berlin, 27. April. Der Polnische Botschafter Graf Lipski ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Der Oesterreichische Gesandte Stefan Tauschitz hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Seemann die Geschäfte der Gesandtschaft.

Institut für Portugal und Brasilien eröffnet.

Berlin, 27. April. In der Aula der Friedrich-Wilhelms-Universität fand am Montag anläßlich der Eröffnung des neugegründeten Instituts für Portugal und Brasilien ein Festakt statt. Der Rektor der Universität, Professor Dr. Krüger, begrüßte die Gäste, darunter den portugiesischen Gesandten in Berlin, Dr. da Veiga Simoes, und den Gesandten Brasiliens, Moniz de Aragao. In seiner Ansprache würdigte er die einzigen kulturellen Beziehungen, die seit langem zwischen Deutschland und den beiden portugiesisch sprechenden Ländern bestanden. Portugal, das seit fast 10 Jahren eine neue Epoche seiner geschichtlichen Entwicklung erlebe, werde in Deutschland bewundert.

Der portugiesische Gesandte Dr. da Veiga Simoes überbrachte die Glückwünsche seiner Regierung zu der neuen Gründung, die dazu berufen sei, die engen freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder zueinander weiter zu pflegen und zu befestigen.

Der brasilianische Gesandte überreichte dem jungen Institut ein Geschenk seines Außenministeriums in Form von 141 Bänden brasilianischer Literatur. Der Gesandte wies auf den Beitrag hin, den die Brasildeutschen an der Schaffung Brasiliens hätten, und rief in Erinnerung, daß in den Vereinigten Staaten von Brasilien eine galbe Million Deutscher wohne.

Der Direktor des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin, General a. D. Faupel, überbrachte die Glückwünsche des deutschen Gesandten in Lissabon, der Deutsch-Portugiesischen Gesellschaft in Portugal, des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin und der beiden Institute in Hamburg und Köln.

64 alte Kämpfer in der Hauptstadt der Bewegung.

München, 27. April. 64 alte Kämpfer der NSDAP, je zwei aus jedem Gau, waren im Rahmen der Adolf Hitler-Freiplatzspende für 14 Tage nach München eingeladen worden. Zu Beginn ihres Besuches, der vom 27. April bis zum 9. Mai dauert, empfingen Oberbürgermeister Fiehler, Bürgermeister Tempel und mehrere Ratsherren die Gäste im großen Ratshaussaal zur Begrüßung. Jeder von ihnen erhielt Gutscheinhefte sowie ein künstlerisch ausgestattetes Heft über die Hauptstadt der Bewegung.

Die alten Kämpfer werden nun 14 Tage lang die Schönheiten Münchens und seiner Umgebung besuchen und die Feierlichkeiten des 1. Mai im Traditionsgau miterleben können.

„Graf Zeppelin" zur 2. Südamerika-Fahrt gestartet.

Friedrichshafen, 27. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Montag um 19.25 Uhr bei regnerischem Wetter zu seiner zweiten diesjährigen Südamerika-Fahrt aufgestiegen. Die Führung hat Kapitän von Schiller übernommen. An Bord befinden sich außer 400 kg Fracht 20 Fahrgäste, Deutsche, Engländer, Australier, Brasilianer, Argentinier und Franzosen.

Das Luftschiff schlägt wiederum die nördliche Strecke über Holland ein.

Graf Zeppelin wird nach seiner Rückkehr von Südamerika auf dem neuen Flugplatz in Frankfurt a. M. landen und nach zweitägigem Aufenthalt in der dort neu erstellten Halle die dritte Südamerika-Fahrt antreten.

Davispokalkampf Deutschland-Spanien 4 : 1.

Barcelona, 27. April. Der Kampf um den Davispokal zwischen Spanien und Deutschland in Barcelona wurde am Montag beendet. Die Sensation war die Niederlage Gottfried von Cramms durch Manuel Alonso mit 6 : 3, 6 : 2, 6 : 1. Henkel schlug Alonso 6 : 2, 6 : 3, 6 : 4. Das Schlußergebnis lautet 4 : 1 für Deutschland.

Nächster Gegner der Deutschen ist Ungarn vom 15. bis 17. Mai in Düsseldorf.

Deutschsprachige Sowjetzeitungen in Oesterreich verboten.

Wien, 28. April. Das Bundeskanzleramt hat die Verbreitung sämtlicher im Gebiet der Sowjetunion in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften im Inlande für die Dauer eines Jahres verboten.

Eden zur Wehrpflicht in Oesterreich.

London, 27. April. Außenminister Eden teilte in Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus mit, die englische Regierung stelle fest, daß die Einführung der allgemeine Wehrpflicht einzuführen, Erwägungen an. Er sei jedoch im Augenblick nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben.

Als ein arbeiterparteilicher Abgeordneter darauf bestand, daß Eden wenigstens die Frage beantworte, ob eine Verletzung des Vertrages von St. Germain vorliege, antwortete Eden, er ziehe es vor, keine Erklärung abzugeben, die der Stellungnahme der anderen Parteien, die ebenfalls Unterzeichner des Vertrages von St. Germain seien, vorwegeile.

Englands Presse über die Spannungen in Oesterreich.

London, 27. April. Die Rede des österreichischen Vizekanzlers Starhemberg in Horn findet in der englischen Presse starke Beachtung. Sie wird als offene Herausforderung und Drohung gegen den Bundeskanzler Schuschnigg und ein Teil seiner Anhänger betrachtet. Besonders wird hervorgehoben, daß Starhemberg sich geweigert habe, die Heimwehr zu entwaffnen.

Daily Telegraph berichtet, daß die Rede Starhembergs ein Hohn auf den Wunsch Schuschniggs nach Entwaffnung der Heimwehr gewesen sei. Sie habe ferner kaum verhüllte Angriffe gegen alle diejenigen Anhänger Schuschniggs enthalten, die von der Heimwehr wegen ihrer demokratischen Einstellung und ihres Wunsches, die Sozialdemokraten auszusöhnen, verdächtigt werden.

Daily Herald schreibt, die Rede Starhembergs enthülle den Kampf um die Macht, der zwischen den beiden Seiten der österreichischen Regierung im Gange sei. Starhemberg sei entschlossen, seine eigene Stellung aufrechtzuerhalten und zu stärken. Viele Heimwehrführer, so erklärt das Blatt, seien beschuldigt, in den Finanzskandal der Phönix-Versicherung verwickelt zu sein. Die Liste der Leute, die Bestechungsgelder erhalten hätten, sei noch nicht veröffentlicht worden. Schuschnigg habe jedoch mehrere Male mit der Veröffentlichung gedroht. Mit einer Umbildung der österreichischen Regierung sei in wenigen Tagen zu rechnen. Jede der beiden Parteien sei entschlossen, bei dieser Gelegenheit die andere in den Hintergrund zu stoßen.

Englands Völkerbundsverband wird von Eden empfangen.

London, 28. April. Außenminister Eden wird in der nächsten Woche eine Abordnung des englischen Völkerbundsverbandes empfangen, der sich für eine Verschärfung der Strafmaßnahmen gegen Italien einsetzt. Die Abordnung wird die Beschlußfassung zusätzlicher Sanktionsmaßnahmen gegen Italien einschließlich einer Oel- und Schiffahrtssperre fordern. Voraussichtlich wird sie auch auf den Beschluß des Völkerbundsverbandes Bezug nehmen, daß England im Notfalle die Schließung des Suezkanals für italienische Transporte beantragen soll.

Annahme der englischen Zollvorlagen im Unterhaus.

London, 27. April. Die Haushaltsberatungen im Unterhaus wurden am Montag in zweiter Lesung fortgesetzt. Mehrere von arbeiterparteilicher Seite eingebrachte Abänderungsanträge wurden bei der Ablehnung. Der Antrag des Abgeordneten Wilfinson, den Zoll für ausländischen Tee von 6 pence auf 2 pence zu ermäßigen, wurde mit 227 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Im Verlaufe der Aussprache setzte die Opposition ihre Angriffe gegen die Regierung besonders wegen der Teezollerhöhungen fort. Auch Schatzkanzler Neville Chamberlain ergriff noch einmal das Wort. Er erklärte, daß das riesenhafte englische Aufrüstungsprogramm im Interesse jedes einzelnen englischen Bürgers sei, und daß infolgedessen jeder einen Beitrag leisten müsse. Er sei nicht der Ansicht, daß die Belastung des Teetrinkers mit einem so kleinen Betrag als große Härte angesehen werden könne.

Im Verlaufe der Haushaltsberatungen im Unterhaus wurden die neuen Teezölle mit 242 gegen 118 Stimmen angenommen. Die Entschließung über die schutzzöllnerische Verlängerung der Zölle für die Schlüsselindustrien wurde mit 209 gegen 111 Stimmen angenommen.

Heimberufung des ägyptischen Kronprinzen.

London, 28. April. Da mit dem Ableben König Fuads von Aegypten gerechnet wird, ist der in London lebende ägyptische Kronprinz Faruk nach Kairo gerufen worden. Der achtzehnjährige Prinz hat bisher seine Zeit in England verbracht und militärisch ausgebildet wird, tritt seine Reise voraussichtlich am Dienstag oder Mittwoch an.

Nach Berichten aus Kairo hat die ägyptische Regierung am Montag abend die Bildung eines Regentschaftsrates erwogen, an dessen Spitze möglicherweise der Cousin Prinz Mohammed Ali, treten wird. König Fuad soll in einem versiegelten Umschlag, der erst nach seinem Tode geöffnet werden darf, die Namen der drei Personen aufgezeichnet haben, die die Regentschaft übernehmen sollen.

Chamberlain auf der Rückreise.

Budapest, 27. April. Der frühere englische Außenminister Sir Austen Chamberlain hat am Montag nachmittag mit den Fahrgästen seines Wiener Schnellzug die Rückreise nach London angetreten. Er wird sich unterwegs einen Tag in Wien aufhalten.

Eine kurze amtliche Verlautbarung über seinen Budapester Besuch beschränkt sich auf die Feststellung des rein privaten Charakters dieses Besuches. Der Budapester Aufenthalt Chamberlains findet jedoch insbesondere nach der über seine Wiener und Prager Verhandlungen vorliegenden Nachrichten in hiesigen diplomatischen Kreisen starke Beachtung.

6 Monate Gefängnis für „Humanité"-Schriftleiter.

Paris, 28. April. Der bisherige verantwortliche Schriftleiter der kommunistischen Zeitung „Humanité", Bonnet, ist am Montag von der 12. Pariser Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe verurteilt worden. Die Verurteilung erfolgte wegen einiger Artikel, die die „Humanité" über die schlechte Pflege, Unterernährung und Ueberanstrengung der Soldaten in den Kasernen veröffentlicht hat. Danach sollen im letzten Winter 200 Soldaten und im vorletzten Winter sogar 600 gestorben sein. Bonnet trat sein Amt am 30. März wieder an, nachdem er vorher wegen Beleidigung des Kriegsministers Fabry angestrengten Verfahrens.

Die erste Kammeranfrage.

Paris, 27. April. Der unabhängige radikale Abgeordnete Laurent, der am Sonntag wiedergewählt worden ist, hat bereits am Montag dem Kammer-Vorsitzenden eine parlamentarische Anfrage zugehen lassen. Er wünscht den Ministerpräsidenten über die allgemeine Politik der Regierung, insbesondere über die Außenpolitik und die Landesverteidigung, sowie über das Währungsproblem zu befragen.

Der norwegische Außenminister über seine Reise.

Oslo, 27. April. Außenminister Koht ist am Montag von seiner Reise durch mehrere Hauptstädte Osteuropas zurückgekehrt. Ueber seine Eindrücke betragt, äußerte Minister Koht, daß man allgemein mit Sorge in die Zukunft blicke, weil der Völkerbund sich in einer Krise befinde und diese Krise zu neuen Schwierigkeiten für manches Land führen könne. Es sei viel Verständnis für die Lage der mittleren und kleineren Staaten vorhanden, die durch die Gegensätze zwischen den Großmächten schwieriger geworden sei.

Tagung zur Prüfung der Genfer Ratszusammensetzung.

Genf, 27. April. Unter Vorsitz des italienischen Abgeordneten Rocco hat am Montag das Komitee zur Prüfung der Frage der Zusammensetzung des Völkerbundsrats getagt. Das Komitee ist im Jahre 1931 auf Wunsch von Lord Cecil eingesetzt worden, wobei die Erwägung maßgebend war, daß bei dem damals und noch heute geltenden System alle nichtständigen Ratssitze im voraus für bestimmte Länder oder Ländergruppen gesichert werden, vor allem für die Kleine Entente, Skandinavien, die britischen Dominien und Südamerika.

Den äußeren Anlaß zur Einsetzung des Komitees bildete das von England unterstützte Verlangen Chinas nach einer Vertretung im Völkerbundsrat. Dieses Verlangen hatte zur Zeit des chinesisch-japanischen Konfliktes eine deutliche Spitze gegen Japan und wurde deshalb von verschiedenen maßgebenden Ländern abgelehnt, sodaß die Reformarbeit nicht von der Stelle kam. Inzwischen aber hat sich die Lage so stark verändert, daß wahrscheinlich mit Unterstützung Englands, Frankreichs und Italiens die Schaffung eines neuen nichtständigen Ratssitzes, der bis auf weiteres China zugeteilt werden soll, vorgeschlagen werden wird. Außerdem haben auch die italienischen Staaten Anträge angemeldet. Jede derartige Lösung soll, wie festgestellt wurde, nur vorläufiger Art sein. Eine endgültige Regelung soll erfolgen, „sobald die internationale Lage es gestattet".

Die Teilnehmer des Ausschusses sind für Rumänien Antoniade, für Schweden Westmann, für Iran Enkesman, für England Lord Cecil als Berichterstatter, für Polen Stormarnicki, für Oesterreich Burgn Pflügl, für Italien Rocco, für Lettland Feldman, für Frankreich Wallisch, für Argentinien Ruiz Guinazu, für Sowjetrußland Stein, für China Quo-Tai-Chi und für Peru Tudela.

Ein bulgarisches Dementi.

Sofia, 27. April. Die in letzter Zeit in der Auslandspresse verschiedentlich aufgetauchten Meldungen, nach denen sich der Ministerrat unter Vorsitz des Königs mit den internationalen Verpflichtungen Bulgariens aus dem Vertrag von Neuilly usw. beschäftigt habe soll, werden von der Bulgarischen Telegraphen-Agentur als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Der Ministerrat habe, so wird festgestellt, sich lediglich mit Fragen der Innenpolitik befaßt, wie das in einer der letzten Sitzungen bereits ausgegebenen Verlautbarung bekanntgegeben wurde.

Das Ergebnis der spanischen Vertrauensmannswahlen.

Madrid, 27. April. Die am Sonntag in Spanien gewählten Vertrauensleute setzen sich nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen, bei denen noch 329 Sitze fehlen, wie folgt zusammen: Sozialdemokraten 138, Linksrepublikaner 117, Republikanische Union 58, Konservative Republikaner 40, Kommunisten 34, Esquerra (katalanische Linke) 16, Lliga (katalanische Rechte) 10, Splitter 47. An diesen Wahlen nahmen die Rechtsparteien und die Parteien der Mitte nicht teil. Nur an wenigen Orten wurden von diesen Parteien Kandidaten aufgestellt und gewählt. Ihre Zahl (Monarchisten 3, Agrarier 2, Radikale 5) beeinflußt jedoch das Gesamtbild in keiner Weise.

Auch Südafrika rüstet auf.

London, 27. April. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, hat der Verteidigungsminister der Südafrikanischen Union, Pirow, am Montag im Abgeordnetenhaus eine wichtige Erklärung über die rüstungspolitischen Maßnahmen der Regierung abgegeben. Danach sollen binnen der nächsten fünf Jahre 1000 Flugzeugführer ausgebildet werden. Außerdem ist die Aufstellung eines Fliegerabwehr-Bataillons beabsichtigt, das mit den modernsten Tiefabwehrwaffen ausgerüstet wird. Der Fünfjahrplan sieht ferner vor, daß aus der Verkehrsluftflotte nicht weniger als zwölf Bombengeschwader gebildet werden sollen. Pirow trete hinzu, es sei noch keineswegs sicher, daß diese Maßnahmen genügen würden. Vielleicht werde Südafrika in einem oder zwei Jahren feststellen, daß es dreimal so viel Frontflugzeuge benötige. Die Union behalte sich in allen Wehrfragen das Recht der Handlungsfreiheit vor. Das bedeute nicht, daß zwischen England und Südafrika in militärischen Angelegenheiten keine Fühlung bestanden habe. In den letzten 16 Jahren und besonders seit 1924 hätten häufige und herzliche Aussprachen zwischen dem britischen Reichsverteidigungsausschuß und dem südafrikanischen Wehrministerium stattgefunden.

Verteidigungsminister Pirow behandelte auch die Frage einer gemeinsamen Wehrpolitik zwischen der Union und ihren nördlichen Nachbarn. Das Ziel sei eine gemeinsame Politik in allen Wehr- und Eingeborenen-Fragen für das gesamte britische Afrika südlich des Sudans. Es sei jedoch nicht notwendig, das Tempo in dieser Hinsicht zu beschleunigen. Die Haltung der Union gegenüber ihren nördlichen Nachbarn sei ebenso herzlich wie die Haltung Englands gegenüber Südafrika. Das neue Aufrüstungsprogramm erwecke vielleicht den Eindruck, als ob sich Südafrika auf einen Krieg in naher Zukunft vorbereite. Das sei jedoch nicht der Fall. Südafrika treffe lediglich Vorsichtsmaßnahmen, an die jede Nation denken müsse, wenn sie ihre Freiheit und Unabhängigkeit schätze. Pirow teilte ferner mit, daß sich Südafrika soweit wie möglich von dem Bezug ausländischen Kriegsmaterials unabhängig machen wolle. Die erforderlichen Untersuchungen würden bereits angestellt.

Beginn der amerikanischen Marinemanöver.

San Pedro (Kalifornien), 27. April. Fast die gesamte Hochseeflotte der Vereinigten Staaten ist am Montag in Begleitung von 450 Marineflugzeugen zu einer sechswöchigen Uebung ausgelaufen. Admiralsbefehlsübung, aber die, wie üblich, strengstes Stillschweigen gewahrt wird, ist die Lösung des „Geheimproblems XVII" gestellt worden.

Steuerrückbrief und Vermögensbeschlagnahme.

Berlin, 27. April. Gegen Frau Ida Bargebuhr geb. Friedmann, geb. am 22. 1. 1877 in Köthen, zuletzt wohnhaft in Hamburg, Osterfeldstr. 25, zur Zeit in Ferngalen, ist seitens des Finanzamts Rechtes Alsterufer, Hamburg, ein Steuerrückbrief erlassen worden. Die Steuerpflichtige schuldet dem Reich eine Reichsfluchtsteuer in Höhenon 21 000 RM.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, die obengenannte Steuerpflichtige, falls sie im Inland betroffen wird, vorläufig festzunehmen und gemäß § 11 Abs. 2 des Reichsfluchtsteuergesetzes unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt, vorzuführen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.